



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Bauausschusses
am Montag, 19.08.2013

Ort: Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:30 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Lötsch, Christopher - CDU

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Freitag, Dirk - CDU

Howe, Carl-Wilhelm - Bü90

Metzner, Kerstin - SPD

Pluschkell, Ulrich - SPD

Prieur, Oliver - CDU

Vertretung für: Herrn Dr. Eymer,
Burkhart

Quirder, Harald - SPD

Stüttgen, Tim - LINKE

Vertretung für: Frau Jansen, Antje

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Brock, Dr. Ulrich - CDU

Friedrichsen, Ute - SPD

Goldschmidt, Nico - FDP

Kaske, Roswitha - CDU

Rosenbohm, Dieter - BfL

Stolzenberg, Detlev - Die PARTEI-PIRATEN

Wolfgramm, Herbert - Bü90

Verwaltung

Bunk, Dennis - GMHL

Klotz, Dr. Stefan - Stadtgrün und Verkehr

Belchhaus, Kathrin - Stadtplanung
Drever, Matthias - Stadtgrün und Verkehr
Schellenberger, Rainer - GMHL

Gäste

Dordowsky, Kai - Lübecker Nachrichten	Nur ÖT
Hanausch, Sven -	Nur ÖT
Otterbein, Henry -	Nur ÖT
Rostkowski, Michael - SPD	Nur ÖT

Sonstige Personen

Bade, Erika - Behindertenbeauftragte	Nur ÖT
Maertens, Gerd - Seniorenbeirat	Nur ÖT
Zander, Klaus-Dieter - Seniorenbeirat	Nur ÖT

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Eymer, Dr. Burkhard - CDU	abwesend
Jansen, Antje - LINKE	abwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Allgemeiner Teil
 - 1.1. Feststellung der Beschlußfähigkeit
 - 1.2. Anträge und Beschlußfassung zur Tagesordnung
 - 1.3. Niederschriften, öffentlich vom 05.08.2013
2. Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
 - 2.1. Bebauungsplan 03.02.00 TB 1 – Fackenburger Allee/Stadtgraben/Teilbereich 1 – Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/2013/00735
3. sonstige Beschlussvorlagen
 - 3.1. Übertragung der Erschließung des Bebauungsplangebiets "32.76.02 – Rönnaer Weg" auf Dritte durch Vertrag (5.660)
Vorlage: VO/2013/00683
 - 3.2. Masterplan Straßen 2014 – 2018:
Einführung einer Erhaltungsstrategie für die zukünftig durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen im Vorbehaltsstraßennetz der Hansestadt Lübeck (5.660)
Vorlage: VO/2013/00547
 - 3.3. Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck
hier: Kieler Straße für die Verbindungsstraße "K13neu" zwischen Hofland und Steinrader Hauptstraße (5.660)
Vorlage: VO/2013/00684
 - 3.4. Außerplanmäßige Bewilligung von Hauhaltsmitteln für die Maßnahme Umbau der Straße "An der Untertrave" von der "Braunstraße" bis zur Ecke "Holstenstraße" (5.660)
Vorlage: VO/2013/00743
4. Mitteilungen und Berichte
 - 4.1. Mitteilungen des Vorsitzenden
 - 4.2. sonstige Mitteilungen und Berichte
 - 4.3. Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen
 - 4.4. Eilentscheidungen des Bürgermeisters

- 4.4.1. Mitteilung über die Eilentscheidung des Bgm.
Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln für das Projekt "Deckensanierung
Stadtschule Travemünde"
Vorlage: VO/2013/00691

- 4.4.2. Bekanntgabe einer Eilentscheidung des Bürgermeisters über eine außerplanmäßige
Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2013 in Höhe von 550.000,00 Euro zu Lasten
des Haushaltes 2014 (5.660)
Vorlage: VO/2013/00718

- 5. Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes

- 5.1. Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

- 5.2. Neue Anfragen

- 5.3. Anträge

- 5.3.1. "Neue Wege im Stadtverkehr" - Antrag von Herrn Stolzenberg
Vorlage: VO/2013/00794

- 13. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Allgemeiner Teil

TOP 1.1 Feststellung der Beschlußfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest und nimmt die Verpflichtung zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten gem. § 46 Abs. 6 GO vor und führt folgende Mitgliedervertreter in ihr Amt ein:

Herrn Wolfgramm.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden.

TOP 1.2 Anträge und Beschlußfassung zur Tagesordnung

Die Verwaltung bittet um Aufnahme des folgenden TOP:

5.3.1. "Neue Wege im Stadtverkehr" - Antrag von Herrn **VO/2013/00794**
 Stolzenberg

Weiterhin beantragt Herr Quirder die Vertagung des folgenden TOP:

3.2. Masterplan Straßen 2014 – 2018: **VO/2013/00547**
 Einführung einer Erhaltungsstrategie für die zukünftig
 durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen im
 Vorbehaltsstraßennetz der Hansestadt Lübeck (5.660) **(V)**

Die Vertagung des TOP 3.2 wird bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen.

Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung mit den Änderungen unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit der Vorlagen und Berichte sowie die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP - wie von der Verwaltung vorgeschlagen einstimmig.

TOP 1.3 Niederschriften, öffentlich vom 05.08.2013

Herr Lötsch beantragt die Vertagung der Niederschrift um eine Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss vertagt die Niederschrift einstimmig um eine Sitzung.

TOP 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren

**TOP 2.1 Bebauungsplan 03.02.00 TB 1 – Fackenburger Allee/Stadtgraben/Teilbereich
1 – Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/2013/00735**

Herr Lötsch merkt eingangs an, dass die entsprechende Satzung (B-Plan) nachträglich als Tischvorlage umverteilt wurde.

Herr Stolzenberg merkt an, dass er im Auftrag der Stadt die Planung für den vorliegenden B-Plan übernommen habe und verlässt daher aufgrund Befangenheit den Sitzungssaal für die Dauer der Beratung zu TOP 2.1. Er stehe jedoch im Anschluss an die Beratung für inhaltliche Fragen zum Bebauungsplan zur Verfügung.

Herr Freitag erkundigt sich nach der Anlage 1 (finanzielle Auswirkungen). Weiterhin fragt er nach, wie die Stellplatzsituation im Rahmen der Planung geregelt sei. Frau Bade fragt an Herrn Freitag gerichtet nach, auf welche Art von Stellplätzen seine Nachfrage sich beziehe (Fahrrad, Auto usw.). Herr Freitag merkt dazu an, dass er mit seiner Nachfrage grds. alle Stellplätze eingeschlossen habe.

Frau Belchhaus teilt mit, dass die entsprechende Anlage nur dann beigelegt sei, wenn das entsprechende Feld auf dem Vorlagendeckel ein Kreuz enthalte.

Herr Howe merkt hierzu an, dass keine Kosten anfallen würden, an, dass auf Seite 25 der Begründung mehrere Kostenpunkte aufgelistet sind. Er erkundigt sich vor diesem Hintergrund erneut nach der Anlage über die finanziellen Auswirkungen der Bebauungsplanung.

Herr Howe fragt nach, warum für das Grundstück an der Brücke keine Grundflächenzahl festgesetzt ist.

Herr Howe merkt zu S. 23 der Begründung (**6.1.4 Berücksichtigung von Klimaschutzbelangen**; Versorgungstechnik) an, dort stehe geschrieben, dass der Text, Teil B, keine Festsetzungen enthalte, weil sich die Verwaltung darauf berufe, dass die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben in jedem Fall einzuhalten seien. Jedoch habe man seitens der Politik in der Vergangenheit durchaus Festsetzungen (Bsp.: Blockheizkraftwerke) veranlasst. Wenn man sich nun einfach darauf berufe, dass die gesetzlichen Vorgaben ausreichen, müssten seitens der Politik wieder entsprechende Festsetzungen eingefordert werden.

Herr Lötsch beantragt die Vertagung der Vorlage und bittet um Beantwortung der entsprechenden Fragestellungen.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss beschließt einstimmig Vertagung der Vorlage unter Maßgabe der Beantwortung der vorgebrachten Fragestellungen zur nächsten Sitzung.

TOP 3 sonstige Beschlussvorlagen

**TOP 3.1 Übertragung der Erschließung des Bebauungsplangebiets "32.76.02 – Rönnaauer Weg" auf Dritte durch Vertrag (5.660)
Vorlage: VO/2013/00683**

Herr Howe merkt an, er befürworte, dass die Verwaltung nun mit den entsprechenden Maßnahmen beginne.

Beschlussvorschlag:

Die Erschließung des Bebauungsplangebiets 32.76.02 – Rönnaauer Weg wird durch Vertrag auf die KWL GmbH übertragen, sobald die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen für eine Übertragung von Erschließungsaufgaben durch Vertrag auf städtische Beteiligungsgesellschaften oder Eigengesellschaften vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss beschließt einstimmig gem. Beschlussvorschlag.

**TOP 3.2 Masterplan Straßen 2014 – 2018:
Einführung einer Erhaltungsstrategie für die zukünftig durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen im Vorbehaltsstraßennetz der Hansestadt Lübeck (5.660)
Vorlage: VO/2013/00547**

Herr Löttsch bittet vor dem Hintergrund der Vertagung der Vorlage darum, etwaige Nachfragen und Beiträge zur Beratung in der kommenden Sitzung anzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss beschließt die Vertagung der Vorlage einstimmig bei einer Enthaltung.

**TOP 3.3 Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck
hier: Kieler Straße für die Verbindungsstraße "K13neu" zwischen Hofland und Steinrader Hauptstraße (5.660)
Vorlage: VO/2013/00684**

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss beschließt die Vorlage einstimmig gem. Beschlussvorschlag.

**TOP 3.4 Außerplanmäßige Bewilligung von Hauhaltsmitteln für die Maßnahme
Umbau der Straße "An der Untertrave" von der "Braunstraße" bis zur Ecke**

"Holstenstraße" (5.660)
Vorlage: VO/2013/00743

Herr Fechtel berichtet zur Leistungsfähigkeit der rückgebauten Untertrave im Falle einer Sperrung der Drehbrücke und veranschaulicht seine Ausführungen anhand einer Folie. Er stellt zunächst die Auslastung der Untertrave im „Normalfall“ und anschließend bei einer Sperrung der Drehbrücke dar.

Herr Fechtel berichtet dazu, dass es, im Falle einer Sperrung der Drehbrücke, an der Untertrave zu einer Verkehrsauslastung von 100 % käme, jedoch nur dann, wenn eine hundertprozentige Umverteilung des Verkehrs auf die Untertrave erfolge. Dies sei in der Regel allerdings nicht der Fall (anteilige Umverteilung des Verkehrs). Zusammenfassend teilt Herr Fechtel mit, dass die Straße „An der Untertrave“ die verkehrliche Belastung auch bei einer Sperrung der Drehbrücke in jedem Fall tragen könne. Knackpunkt sei eher der Holstentorvorplatz, der auch heute schon zeitweilig deutlich überlastet sei.

Auf Nachfrage aus der Politik sagt Herr Fechtel zu, die vorgestellten Folien dem Protokoll der heutigen Bauausschusssitzung beizufügen (*Anm.: Die Fotoaufnahmen werden in der Sitzung am 02.09.2013 als Tischvorlage umverteilt*).

Im Anschluss an die mündlichen Ausführungen von Herrn Fechtel zur verkehrlichen Situation an der Untertrave, stellt Herr Senator Boden die überarbeitete und umverteilte Gesamtkostenübersicht zur Maßnahme „An der Untertrave“ anhand zweier Folien vor. Er spricht dabei insbesondere die folgenden Punkte an:

1. Baukostenreduzierung (Änderung des Baumaterials/der Bauweise)
2. Zuschusserhöhung des Investors
3. KAG-Beiträge der restlichen Anlieger (Abgrenzung des Abrechnungsgebietes)
4. Freiwilliger Zuschuss des Investors (Außenbewirtschaftung/Sondernutzungsgebühr)

Weiterhin teilt Herr Senator Boden mit, dass im Rahmen des Ablösevertrages vereinbart werde, dass die Zahlungspflicht (KAG-Beitrag) des Investors im Falle eines fortführenden Ausbaus der Untertrave bestehen bleibt.

Herr Dr. Brock vergewissert sich bei Herrn Senator Boden, dass in den dargestellten KAG-Beiträgen, der vom Investor zu leistende Beitrag nicht enthalten sei.

Frau Kaske erkundigt sich, wie die Stadt/ Verwaltung verfahren wolle, wenn nun weitere Investoren anfragen, ob die anliegende Straße gegen eine Spende sowie die Vorauszahlung der entsprechend zu leistenden KAG-Beiträge saniert werden könne.

Herr Senator Boden verweist dazu auf den vorliegenden Fall und merkt an, dass die Verwaltung entsprechende Anfragen ordnungsgemäß prüfen (Straße sanierungsbedürftig usw.) und zur Abstimmung in die jeweiligen Ausschüsse geben würde.

Herr Goldschmidt erkundigt sich, ob die KAG-Beiträge gleichmäßig auf alle Anlieger verteilt würden.

Herr Senator Boden bestätigt dies.

Herr Goldschmidt weist außerdem daraufhin, dass es wünschenswert wäre, wenn zukünftig eine bessere Kommunikation zwischen Verwaltung, Investor und Politik zum Tragen käme. Außerdem fragt er nach, ob die Verwaltung bereits eine Zusage an den Investor erteilt habe/hatte.

Herr Senator Boden stimmt Herrn Goldschmidt hinsichtlich der optimierbaren Kommunikation zu, merkt jedoch an, dass eine Zusage gegenüber dem Investor zu keinem Zeitpunkt erfolgt sei.

Herr Quirder fragt nach, wann die 140.000 € KAG-Beiträge seitens der Anlieger zu zahlen seien.

Herr Senator Boden teilt dazu mit, dass diese mit Abschluss der Maßnahme fällig würden.

Herr Howe fragt nach, ob man beabsichtige die restlichen Anlieger ebenfalls zu Vorauszahlungen heranzuziehen.

Herr Dr. Klotz merkt an, dass diese Möglichkeit grundsätzlich bestünde, jedoch nicht immer

genutzt werde. Er verweist auf eine Erhebung spätestens vier Jahre nach Fertigstellung der Maßnahme.

Herr Stolzenberg merkt an, das Ergebnis der Verhandlungen sei seines Erachtens durchaus positiv zu bewerten und dass durch die deutliche Erhöhung des Zuschusses ein klares Signal seitens des Investors erfolgt sei. Er erkundigt sich außerdem, ob die erhöhte Zahlung der Sondernutzungsgebühr üblich sei.

Herr Senator Boden merkt dazu an, dass dies eine freiwillige Leistung über Zeit seitens des Investors sei.

Herr Wolfgramm fragt nach, ob es dazu kommen könne, dass die Einnahmen der Hansestadt Lübeck (HL) durch die Sondernutzung entfallen.

Herr Senator Boden und Herr Otterbein merken dazu an, dass die Außenbewirtschaftung ein nicht unbedeutender Teil des gastronomischen Gesamtkonzeptes sei. Weiterhin merkt Herr Otterbein an, dass er und Herr Hanausch Dienstleister des dänischen Investors seien und daher auch im eigenen Interesse lediglich mit zuverlässigen Mietern arbeiten.

Auf Nachfrage von Frau Bade teilt Herr Senator Boden mit, dass ein Gehweg um die Außenbewirtschaftung herum angelegt werde.

Herr Dr. Brock erkundigt sich nach dem Schuldner der Sondernutzungsgebühr, woraufhin Herr Senator Boden auf den Mieter verweist.

Herr Pluschkell fragt nach, wie es sich mit der Sondernutzungsgebühr im vorliegenden Fall verhalte. Grundsätzlich sei die Höhe der zu zahlenden Gebühr seines Erachtens nach Satzung geregelt, weshalb er sich frage, wie die hier vereinbarte erhöhte Sondernutzungsgebühr rechtskräftig greifen könne.

Herr Senator Boden merkt dazu an, dass es zunächst eine entsprechende Verständigung mit der Projektentwicklung gegeben habe und eine vertragliche Festlegung folge.

Herr Pluschkell fragt dahingehend nach, ob auch vertraglich geregelt werde, dass der Investor, im Falle einer Nichtzahlung des Mieters, zur Zahlung der entsprechenden Gebühr herangezogen werde.

Herr Quirder beantragt eine Beratungspause.

Im Anschluss an die Beratungspause, bittet Herr Quirder, um Protokollierung der Aussage, dass die KAG-Beiträge mit Fertigstellung des Bauabschnittes bis zur Braunstraße fällig würden. Weiterhin beantragt er, die Verwaltung möge vertraglich sicher stellen, dass die vorab diskutierte erhöhte Sondernutzungsgebühr auch tatsächlich erhoben und entsprechend ausgezahlt werde.

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag von Herrn Quirder zu.

Herr Freitag bittet, um Ergänzung der Vorlage um die von Herrn Senator Boden vorgestellte Gesamtkostenschätzung. Weiterhin bittet er um Mitteilung in einer der nächsten Sitzungen, ob es weiterführende Planungen hinsichtlich der Umgestaltung der Untertrave in dem Abschnitt zwischen der Braun- und Alfstraße gebe.

Herr Lötsch merkt ergänzend an, dass die dortigen Anlieger für die jetzige Maßnahme mitzahlen müssen und nicht vergessen werden sollten. Es wird eine Aufgabe der Politik sein, dafür Sorge zu tragen, dass der o. g. Bereich weiter ausgebaut wird.

Herr Senator Boden sagt dies zu, merkt jedoch an, dass dazu lediglich eine Skizzierung erfolgen könne, da noch keine derart ausgearbeitete Planung vorliege.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss empfiehlt die Vorlage unter Maßgabe der vorab genannten Bedingungen einstimmig gem. Beschlussvorschlag zu beschließen.

TOP 4.1 Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Löttsch merkt an, dass die Mitglieder des Bauausschusses, vor dem Hintergrund der Versorgung mit Kaffee, Keksen usw., zwei Mal im Jahr zur Zahlung eines „Keksgeldes“ herangezogen werden und bittet die Ausschussmitglieder zur nächsten Sitzung jeweils einen Obolus in Höhe von 10 € zu zahlen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2 sonstige Mitteilungen und Berichte

Rathausanierung:

Herr Bunk stellt sich zunächst gegenüber den neuen Bauausschussmitgliedern als Bereichsleitung des Gebäudemanagements der Hansestadt Lübeck vor.

Herr Bunk verweist auf den umverteilten Pressebericht und erläutert diesen entsprechend. Er berichtet über die verschiedenen Schäden im Innern und an der Außenfassade des Rathauses und verweist auf die Abwicklung der Maßnahme in mehreren Bauabschnitten. Die zeitliche Abfolge der Einzelmaßnahmen wird dargestellt. Er weist außerdem daraufhin, dass auf Wunsch des Bürgermeisters (Bgm), erst nach dem Hansetag mit der Gerüststellung an der Süd- und Ostfassade des Haupthauses begonnen werde (zum Rathausmarkt und zur Breiten Straße). Die Kosten der Außensanierung würden sich auf ca. 1,2 Mio. € belaufen. Hinsichtlich der Innensanierung verweist Herr Bunk auf das Kernstück der Maßnahme; die Sanierung des Bürgerschaftssaals. Rissbildungen im Deckentragwerk erfordern eine statische Ertüchtigung der Dachkonstruktion. Nach der Sanierung werden mehrere Zugstangen im Innenraum sichtbar bleiben, die in Querrichtung des Saals verlaufen. Schäden an den Wandmalereien erfordern eine restauratorische Überarbeitung. Der Bürgerschaftssaal erhält außerdem eine Klimatisierung, die im wesentlichen dem Substanzerhalt des historischen Innenraums dient. Weitere Maßnahmen im Innenbereich sind die restauratorische Überarbeitung von Teilflächen im Roten Saal und im Kommissarenzimmer. Hier werden zur Optimierung des Raumklimas sog. Winterfenster eingebaut. Zusätzlich wird die Beleuchtung in diesen Räumen den heutigen Nutzungsanforderungen angepasst. Den letzten Bauabschnitt im Rahmen dieser Sanierungsmaßnahmen bildet der Austausch der Fenster im neuzeitlichen Rathauhof (ohne Schaufenster im EG).

Die Kosten der Innensanierung würden sich auf rd. 1,9 Mio. € belaufen.

Alle Maßnahmen wurden und werden in enger Abstimmung mit dem Bereich Denkmalpflege erarbeitet.

Frau Bade fragt nach, ob im Rahmen der Sanierung für die Hörbehinderten Menschen entsprechende Induktionsschleifen in die Sitzungssäle eingebaut würden.

Herr Bunk merkt dazu an, eine derartige Aufrüstung sei zwar bislang nicht aufgenommen worden, jedoch sei die Planung auch noch nicht abgeschlossen. Er sagt eine Klärung zu.

Im Anschluss an die Nachfrage seitens Frau Bade, informiert Herr Bunk über die zeitweise Sperrung der jeweiligen Sitzungssäle/ -zimmer.

Eine Nachfrage seitens Herrn Stüttgen zur Maßnahme betreffend das Deckentragwerk, wird von Herrn Schellenberger beantwortet.

Herr Howe erkundigt sich nach Fotoaufnahmen, welche die Schäden dokumentieren und bittet darum, dem Protokoll einige Beispielaufnahmen beizufügen.

Herr Schellenberger sagt dies zu (*Anm.: Die Fotoaufnahmen werden in der Sitzung am 02.09.2013 als Tischvorlage umverteilt*).

Frau Friedrichsen fragt nach, ob bereits etwaige Ausweichquartiere für die Zeit der Sperrung der Sitzungsräume in den Kosten enthalten wären.

Herr Schellenberger bestätigt eine Aufnahme dieser Kosten im Investitionshaushalt und verweist auf das Gesamtpaket in Höhe von rd. 3,4 Mio. €.

Herr Bunk merkt dazu ergänzend an, dass man sich hinsichtlich konkreter Ausweichstandorte noch in der Diskussion befinde.

Albert-Schweizer-Schule:

Herr Bunk gibt eingangs einen Rückblick auf den Gesamtvorgang zur Albert-Schweizer-Schule.

Demnach sei im Jahre 2012 seitens des Fachbereichs 4 (FB 4) zunächst ein Konzept zur Weiterentwicklung des Schulstandortes erarbeitet worden, mit dem Ziel, „die gute Schule“ zu definieren, das heißt, es wurden Überlegungen angestellt, was insbesondere im Hinblick auf schulpädagogische Hintergründe und räumliche Aspekte unternommen werden muss, um die Lübecker Schulen zukunftsfähig im Rahmen eines Ganztagsangebots aufzustellen. Zunächst seien die Albert-Schweitzer-Schule und die Wakenitz-Schule dabei separat betrachtet worden. Anfang dieses Jahres sei dann überlegt worden, die beiden Schulstandorte organisatorisch zu verbinden. In diesem Rahmen sei dann die Teilnahme an einem Wettbewerb der „Montagsstiftung“ aus Bonn dazu gekommen. Die Preisträger des Wettbewerbs werden in Form von Unterstützung der Planungsprozesse gefördert. Die Hansestadt Lübeck habe an diesem Wettbewerb teilgenommen, sei jedoch nicht unter den Preisträgern gewesen.

Im Anschluss daran sei vom FB 4 die Entscheidung getroffen worden, die beiden Schulstandorte wieder getrennt voneinander zu betrachten. Daher habe man dann seitens des GMHL die Planung für die Schule an der Wakenitz wieder aufgenommen und wolle auch für die Haushaltsplanung 2014 eine entsprechende EW-Bau erstellen. Für den Standort an der Albert-Schweitzer-Schule wird auf Wunsch des FB 4 weiterhin das o. g. Konzept der Schulentwicklung verfolgt. Es solle dafür eine integrative Planungsgruppe geben, welche sich aus verschiedenen Akteuren zusammensetzt (Stiftungsverbund, Schulräte, Lehrer, GMHL, Schulausschuss, politische Vertreter, u. a.). Zu klären sei nun, in welcher Form der Bauausschuss integriert werden möchte, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Moderator der vorgesehenen Zukunftswerkstätten die Teilnahme von politischen Vertretern empfohlen habe und dass es sich im Endeffekt um ein Bauprojekt mit einem Volumen von 10 Mio. € handele. Die Empfehlung des Moderators aufgrund seiner bisherigen Erfahrungen bei vergleichbaren Planungsprozessen sieht vor, dass aus dem Schul- und Bauausschuss jeweils ein Vertreter an den Terminen der Zukunftswerkstätten teilnimmt.

Herr Lötsch fragt nach, ob es seitens des FB 4 angedacht sei, die gesamte Schule neu zu bauen.

Herr Bunk merkt an, dass der Umfang und die Art der Baumaßnahme noch unklar sei. Dies werde sich aus dem Konzept und den sich daraus abzuleitenden Bauvarianten ergeben, woraufhin Herr Lötsch anmerkt, dass man gem. der vorliegenden Eilentscheidung das Dach für ca. 250.000 € saniere und es dem entgegenstehend eine lange Liste mit zu sanierenden Schulen gebe.

Auf Nachfrage von Herrn Freitag merkt Herr Bunk an, dass keine nicht zwingend erforderlichen Baumaßnahmen mehr an der Schule vollzogen würden, bevor geklärt sei, in welcher Form und Umfang die Bauaktivitäten erfolgen sollen.

Frau Bade fragt nach, ob seitens der Verwaltung auch die Inklusion der behinderten Schüler berücksichtigt werde.

Herr Bunk bestätigt dies und merkt an, dass dies im Rahmen des Konzeptes sogar ein sehr wesentliches Thema sei.

Herr Wolfgramm fragt nach, ob aus jeder Partei ein politischer Vertreter teilnehmen solle.

Herr Bunk merkt dazu an, dass es aus Sicht des Moderators wünschenswert wäre, wenn aus jedem Ausschuss ein Vertreter teilnehmen würde.

Herr Quirder merkt dazu an, dass die Frage, wie und in welcher Form die Politik beteiligt werden sollte, zunächst in den Fraktionen geklärt werden müsse.

Herr Prieur teilt mit, in der Vorbereitungsphase des Schulausschusses sei die Rede von drei bis vier Vertretern je Ausschuss gewesen.

Herr Dr. Brock regt an, vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahren, sehr viele Schulsanierungen erfolgt seien und dass die Stiftungen oft nur in sogenannte „Leuchtturmprojekte“ investiert hätten, sollte überlegt werden, wie man diesem

Missverhältnis entgegen wirken könne, damit zukünftig in alle Schulen, ob groß oder klein, investiert werde.

Herr Senator Boden stimmt Herrn Dr. Brock dahingehend zu, dass kleinere/ältere Schulen nicht zu Gunsten etwaiger Leuchtturmprojekten außen vor gelassen werden dürfen und merkt dazu an, dass man sich in Verhandlungen mit den Stiftungen befinde, um die nötigen Schulsanierung schnellstmöglich umsetzen zu können (Schulbauprogramm).

Herr Lötsch merkt an, es sollte einen Bericht über den Sanierungsbedarf der Albert-Schweizer-Schule geben, um diesen auch als Vergleichsmöglichkeit nutzen zu können.

Herr Howe fragt nach, ob die Federführung hinsichtlich der Beschaffung von Stiftungsgeldern bei der Fachbereichsleitung (FBL) des Dezernats 4 oder 5 liege.

Herr Senator Boden merkt dazu an, dass dies eine gemeinsame Aufgabe sei. Weiterhin merkt Herr Senator Boden an, dass es zu den Schulen eine dem Brückenbericht ähnelnde Vorlage geben werde, um der Politik ein Werkzeug für die Haushaltsberatung zur Verfügung zu stellen.

Herr Stolzenberg bittet um Einbeziehung der Betroffenen und merkt an, er sei der Meinung, dass ein politischer Vertreter aus jeder Fraktion teilnehmen sollte.

Herr Goldschmidt bewertet den angekündigten Bericht über die Lübecker Schulen als positiv und bittet darum alle städtischen Gebäude in den Bericht aufzunehmen.

Herr Senator Boden sagt dies zu, jedoch werde man sich zunächst auf die Schule beschränken bis zur Haushaltsberatung.

Auf Anmerkung von Herrn Stüttgen verweist Herr Bunk auf eine gewisse Dynamik in der Schulentwicklung und verweist für weitergehende Informationen an den FB 4.

Herr Bunk merkt abschließend an, dass man sich derzeit in der Bestandsaufnahme befinde, um zu klären, welche Maßnahmen möglicherweise zwingend erforderlich sind und um diese Erkenntnisse im Rahmen der verschiedenen Umsetzungsvarianten als Planungsgrundlage verwenden zu können.

Neue Lübecker, Vorstellung Planung in Eichholz:

Herr Senator Boden teilt mit, dass die Neue Lübecker am 02.09.2013 in den Bauausschuss kommen und über die Planung in Eichholz berichten werde.

Erbpachtgrundstücke Phönix:

Herr Senator Boden teilt mit, dass es derzeit für den Bereich, für den am Ende des Jahres das Erbpachtrecht ausläuft, eine Untersuchung des Planungsamtes zum Thema „Wohnen und Sport“ gebe. Diese werde bis Ende September fertig gestellt und erst dann könne man ernsthaft über den Verbleib der Flächen diskutieren.

Herr Dr. Brock merkt an, dass der anliegende Sportverein seines Erachtens davon ausgehe, dass man das Erbbaurecht seitens der Verwaltung auslaufen lassen wolle. Er sei jedoch der Meinung, dass man, vor dem Hintergrund, dass dort zunächst keine Maßnahme o. ä. erfolge, den dortigen Anliegern eine gewisse Sicherheit über den 31.12.2013 hinaus geben sollte.

Weiterhin müsse es der Politik vorbehalten sein, zu entscheiden, ob eine solche Entwicklung an dem Standort gewollt ist und somit müsse auch die Entscheidung bzgl. des Auslaufens eines entsprechenden Erbbaurechtvertrages von der Politik getroffen werden. Er bittet um entsprechende Beteiligung.

Herr Senator Boden stimmt Herrn Dr. Brock zunächst zu. Weiterhin merkt er an, dass man seitens der Verwaltung zunächst die verschiedenen Entwicklungsoptionen ausarbeiten müsse, um diese dann politisch diskutieren zu können.

Herr Howe schließt sich der Aussage von Herrn Dr. Brock an und ergänzt, dass auch die umliegende Bevölkerung befragt werden müsse.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen

TOP 4.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

**TOP 4.4.1 Mitteilung über die Eilentscheidung des Bgm.
Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln für das Projekt
"Deckensanierung Stadtschule Travemünde"
Vorlage: VO/2013/00691**

Herr Freitag erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen.
Herr Bunk merkt dazu an, dass durch die Eilentscheidung selbst, keine zusätzlichen Kosten verursacht bzw. der Haushalt nicht zusätzlich belastet werde. Es gehe hier nur um die Mittelbereitstellung.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 4.4.2 Bekanntgabe einer Eilentscheidung des Bürgermeisters über eine
außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2013 in Höhe
von 550.000,00 Euro zu Lasten des Haushaltes 2014 (5.660)
Vorlage: VO/2013/00718**

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5 Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes

TOP 5.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

TOP 5.2 Neue Anfragen

- 5.2.1 Provisorische Asphaltierung, Radweg am Koberg (Herr Freitag) (660)**
Herr Freitag erkundigt sich, ob es zu o. g. Anfrage einen neuen Sachstand gebe.

Vorläufige Antwort:

Herr Dr. Klotz teilt mit, dass die Anfrage entsprechend weitergeleitet habe und sagt eine Antwort zu, sobald ein Ergebnis vorliegt.

- 5.2.2 Beleuchtung Fuß- und Radweg, Berliner Allee (Frau Kaske) (660)**
Frau Kaske merkt an, dass der Geh- und Radweg an o. g. Standort lediglich bis zur Carl-Gauß-Straße beleuchtet und dann bis zur Paul-Ehrlich-Straße dunkel sei. Dies sei insbesondere auch ein Schulweg, weshalb Frau Kaske nachfragt, wann hier eine entsprechend weiterführende Beleuchtung des Weges erfolgen solle.

Antwort:

Herr Dr. Klotz teilt mit, dass seitens des Bausenators aus finanziellen Gründen (sowohl für den Neubau als auch die Unterhaltung) vor etwa drei bis vier Jahren entschieden wurde, die Carl-Gauß-Straße zu beleuchten, jedoch nicht den parallel weiterführenden Weg entlang der Bundesstraße (B 207). So würde für jeden Schüler ein beleuchteter Weg in direkter Verbindung zum Hochschulstadtteil zur Verfügung stehen. Im Übrigen beginne die Beleuchtung auf der B 207 genau an der Stelle, an der die Lichtsignalanlage für querende Radfahrer und Fußgänger aus dem Bornkamp. Insgesamt stelle sich die Situation als ausreichend beleuchtet dar.

Frau Kaske merkt an, dass Ihre Anfrage aus der Bevölkerung komme und man an sie herangetragen habe, dass die Carl-Gauß-Straße nicht genutzt werde, da es sich um eine relativ unsichere Straße handele, da dort sehr viel Verkehr aus den Seitenstraßen kommen.

Sie bittet die Einrichtung einer weiterführenden Beleuchtung zu prüfen.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden sagt eine Prüfung und erneute Kostenermittlung zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

- 5.2.3 Fischereihafen/Baggersand (Herr Howe) (610)**
Herr Howe erkundigt sich nach einem neuen Sachstand zu o. g. Thematik und bittet um Mitteilung.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden merkt an, dass derzeit am Planungsprozess gearbeitet werde um der Politik einen Entwurf des Bebauungsplans entgegenzubringen. Er sagt zur nächsten Sitzung eine entsprechende Sachstandsmitteilung zu.

- 5.2.4 Machbarkeitsstudie Travepromenade (Herr Howe) (660)**
Herr Howe fragt nach, ob man die Machbarkeitsstudie zur Travepromenade (Priwallseite) inzwischen einsehen könne.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu, verweist aber darauf, dass die Machbarkeitsstudie im Juni noch als schwebendes Verfahren angesehen worden ist und deshalb damals nicht umverteilt wurde.

- 5.2.5 B-Planung im Bereich Parkstraße, Adolfstraße, Paulstraße (Herr Howe) (610)**

Herr Howe merkt an, dass im Bereich Adolfplatz/Paulstraße gebaut werde und er bittet um Mitteilung der entsprechenden GRZ und GFZ.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden sagt dies zu.

5.2.6 Hecke auf Gehweg vor Kita (Herr Quirder) (660)

Herr Quirder teilt mit, dass in der Schäferstraße, die am Spielplatz liegende Hecke in unmittelbarer Nähe zur Kita in den entsprechenden Gehweg hineinragt und somit eine Behinderung für die Fußgänger usw. darstelle. Er bittet um entsprechende Abhilfe und Rückschnitt der Hecke, zumindest aber um eine Weitergabe an den Besitzer der Hecke mit Aufforderung, diese zurück zu schneiden.

Antwort:

Herr Senator sagt eine Klärung zu.

5.2.7 Straßenquerung bei den Marli-Werkstätten (Frau Bade) (660, 610.4)

Frau Bade teilt mit, dass die Marli-Werkstätten immer wieder Unsicherheiten beim Übergang der Straße feststellen würden und bittet daher um Einrichtung einer entsprechenden Fußgängerquerung.

Antwort:

Herr Senator Boden gibt Frau Bade hinsichtlich der bestehenden Unsicherheit Recht, merkt jedoch an, dies sei dadurch bedingt, dass die dortige Geschwindigkeitsbegrenzung (Tempo 30) nicht eingehalten werde. Grundsätzlich würde keine Fußgängerquerung o. ä. in einer Tempo-30-Zone eingerichtet werden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.8 Beleuchtung Schulweg, Wesloer Str. (Frau Friedrichsen) (660)

Frau Friedrichsen merkt an, dass an der Wesloer Straße ein großes Stück des Weges, insbesondere das Waldstück, nicht beleuchtet sei und dass es hier auch keine Ausweichmöglichkeiten gebe, da die beleuchtete Mecklenburger Straße zu weit entfernt sei.

Herr Quirder merkt an, dass diese Anfrage in der Vergangenheit schon einmal gestellt und damals seitens der Verwaltung mitgeteilt wurde, dass keine ausreichenden Mittel für die Maßnahme zur Verfügung stünden.

Herr Lötsch bittet um eine Kostenaufstellung zur Haushaltsberatung.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden sagt dies zu.

5.2.9 „Kailine“, Beratung in Bürgerschaft (Herr Stolzenberg) (610)

Herr Stolzenberg merkt an, dass die „Kailine“ in der Bürgerschaft beraten wurde und drückt in diesem Zusammenhang seine Verwunderung darüber aus, dass dies nicht zuvor im Bauausschuss behandelt wurde, da es sich seines Erachtens um eine Angelegenheit der baulichen Entwicklung handele. Er merkt an, er würde der Bürgerschaft gerne eine Empfehlung des Bauausschusses dazu liefern.

Herr Lötsch merkt an, dass man sich eine entsprechende Beratung für die heutige Bauausschusssitzung durchaus hätte überlegen können. Jedoch empfiehlt er, jetzt keine Behandlung im Bauausschuss mehr zu fordern, da die Entscheidung, alleine vom zeitlichen Aspekt her (Verzögerung), nun in der Bürgerschaft im August gefällt

werden müsse.

Herr Quirder merkt ergänzend an, dass man sich seitens des Bauausschusses sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt habe und weist daraufhin, dass man sich nun nicht noch einmal mit dieser Thematik beschäftigen sollte.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.10 Graniteinfassungen der Bäume (U-Form), Breite Straße (Herr Lötsch) (660)

Herr Lötsch merkt an, es sei schon mehrmals die Frage an ihn herangetragen worden, ob man Sitzungsmöglichkeiten auf den o. g. Einfassungen anbringen könnte. Er bittet um entsprechende Prüfung (Bsp.: Holzaufbau).

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden sagt eine Prüfung zu.

TOP 5.3 Anträge

TOP 5.3.1 "Neue Wege im Stadtverkehr" - Antrag von Herrn Stolzenberg Vorlage: VO/2013/00794

Herr Stolzenberg erläutert den Hintergrund seines Antrags, dabei stellt er insbesondere auf die Heranziehung der Nutznießer des Stadtverkehrs zur Finanzierung ab. Er schildert dazu ein entsprechendes Konzept aus Belgien.

Herr Pluschkell merkt an, dass der vorliegende Antrag seines Erachtens nicht deckungsgleich mit dem seitens Herrn Stolzenberg vorgestellten Bestreben sei. Weiterhin empfiehlt er, in den Geschäftsbericht des Jahres 2012 zu schauen, da dieser viele der von Herrn Stolzenberg geforderten Zahlen enthalte. Man habe in den letzten Jahren außerdem sehr intensiv an der Optimierung des Stadtverkehrs usw. gearbeitet und über entsprechende Themenschwerpunkte diskutiert, so dass er Herrn Stolzenberg vorschlägt, zunächst den Geschäftsbericht 2012 zu lesen und dann ggf. erneut einen Antrag bzgl. der ungeklärten Punkte zu stellen.

Herr Howe merkt an, dass es grundsätzlich positiv sei das Defizit des Stadtverkehrs abzubauen, indem man einen größeren Personenkreis mit einbezieht, jedoch stehe dies seines Erachtens nicht im Zusammenhang mit dem im Antrag angeführten Stellplatzproblem in den Stadtbezirken, da sich die Begründung seines Erachtens eher auf die Innenstadt beziehe. Er schlägt eine Neuformulierung des Antrags vor.

Herr Goldschmidt merkt an, dass eine zusätzliche Belastung von Nutznießern nicht im Interesse der Stadt sein könne, da in erster Linie die Stadt von diesen Nutznießern profitiere (Erhöhung der Standortattraktivität).

Herr Stüttgen verweist ebenfalls auf den Geschäftsbericht der Stadtwerke und merkt an, dass Herr Stolzenberg seinen Antrag dann nach Auswertung der Zahlen aus dem entsprechenden Bericht erneut stellen sollte. Weiterhin sollte in dem Antrag klarer herausgearbeitet werden, was das Ziel sei und was man damit genau erreichen wolle (klare Richtungsvorgabe).

Frau Metzner verweist auf die Ausführungen von Herrn Howe und merkt dazu an, dass zunächst das Stellplatzdefizit in den Stadtbezirken angesprochen werde, sich die weitere Erörterung dann jedoch auf die Innenstadt beziehe, weswegen der Antrag in dieser Folge zusammenhangslos wirke. Sie bittet um eine konkretere Ausformulierung des Antrags. Herr Lötsch schlägt vor, den Antrag vorerst zurückzuziehen und diesen dann nach der Auswertung des Geschäftsberichts bezogen auf die noch fehlenden Zahlen konkreter auszuarbeiten.

Herr Stolzenberg zieht den Antrag zurück.

TOP 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 17. September 2013

Christopher Lötsch
Vorsitz

Patrik Jaacks
Protokollführung